

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0157/2011**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 30.05.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
 Aktenzeichen/Telefon: -Be-/1023
 Verfasser/-in: Klaus Peter Möller

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

**Berichts Antrag betreffend Haushaltssperre
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.05.2011 -**

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin und Kämmerin als zuständige Dezernentin wird gebeten, bis zur kommenden Sitzung zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen.

1. Wie konnte es dazu kommen, dass im beschlossenen Haushalt 2011 der Rahmen der benötigten Kassenkredite zu gering festgesetzt wurde?
2. Welche Auswirkungen hat die Haushaltssperre auf den Haushaltsvollzug, insbesondere auf begonnene/abgeschlossene Ausschreibungen, Planungen und Auftragsvergaben im Baubereich?
3. Welche Auswirkungen hat die Haushaltssperre für Bau-, Umbau- und Sanierungsarbeiten der Gießener Schulen und welche Schulen und Maßnahmen sind durch die Haushaltssperre betroffen?
4. Welche Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die in den Schulferien angegangen werden sollten, werden auf Grund der Haushaltssperre verschoben und wie sollen die Auswirkungen auf den laufenden Unterricht minimiert werden?
5. Welche Initiativen im Kulturbereich sind durch die Haushaltssperre betroffen und mit welchen Änderungen bei der Planung und/oder Durchführung von Veranstaltungen/Ausstellungen muss in Folge der Haushaltssperre gerechnet

werden?

6. Wie wirkt sich die Haushaltssperre auf die Sportförderung aus und welche Sportvereine sind davon betroffen.
7. Welche nicht durch Verträge oder Satzungen gesicherten Initiativen und Vereine/Verbände müssen mit Auswirkungen wegen der verkündeten Haushaltssperre rechnen?

Begründung:

Eine Haushaltssperre als Instrument der Finanzpolitik hat stets Auswirkungen auf geplante Ausgaben und Maßnahmen, die nicht gesetzlich, durch Satzungen oder vertraglich abgesichert sind.

Insofern war es in den vergangenen Jahren eine kluge und nachhaltige Entscheidung der ehemaligen Koalition, die Sozialinitiativen und –vereine gegen die Unwägbarkeiten der kommunalen Finanzwirtschaft abzusichern.

Es stellt sich nunmehr schon zu Beginn der Neuauflage einer Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen heraus, dass das damalige Ringen um eine vertragliche Absicherung der Vereine/Verbände sowie die unlängst einstimmig beschlossene Satzung für Gießen-Pass-Berechtigte richtig und notwendig war.

Durch eine offensichtlich falsche Berechnung der Kassenkredite ist der Vollzug des beschlossenen Haushaltsplanes 2011 und damit auch die vorgesehene Unterstützung verschiedenster Vereine/Verbände sowie die Durchführung dringender Investitionen in Frage gestellt. Damit drohen bei zahlreichen Vereinen und Initiativen finanzielle Engpässe.

Außerdem wurden im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes 2011 zahlreiche Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen planerisch so koordiniert, dass der laufende Unterricht möglichst minimal beeinträchtigt wird. Den Schulleitungen und Schulgemeinden wurden verbindliche Zusagen über Baubeginn und geplante Bauabschnitte gemacht.

Daher ist darzulegen, zu welchen Beeinträchtigungen es durch die Haushaltssperre kommen wird.